Wahlprüfstein DIE LINKE

Aktionsgemeinschaft Nachtstromnutzer Karlsruhe Am Kegelsgrund 26 76229 Karlsruhe

Energiezukunft - Energiespeicherung - Strompreisbremse

Die "Aktionsgemeinschaft Nachtstromnutzer Karlsruhe", die zwar ihren Sitz in Karlsruhe, aber weitere Gruppen und Einzelne als Ansprechpartner in der ganzen Bundesrepublik hat, wendet sich an die Spitzenkandidaten, Parteispitzen und Kandidatinnen und Kandidaten mehrerer Wahlkreise mit den beigefügten Wahlprüfsteinen. Nach dem erreichten Teilziel der Aufhebung der Ausmusterung der elektrischen Speicherheizungen ("Nachtstromspeicherheizungen") geht es jetzt im weiteren Sinne um die Energiezukunft. Dabei spielt der noch ungebremst steigende Strompreis, von dem unsere Klientel besonders hart betroffen ist, eine besondere Rolle. Berührt werden davon aber alle privaten Stromverbraucher. Wir rechnen mit einer deutlicheren Thematisierung im weiteren Wahlkampf.

Fragen zur Energieeinsparverordnung

Die vom Bundestag und Bundesrat kürzlich beschlossenen Änderungen des EnEG enthalten Anpassungen an EU-Richtlinien zur Wärmedämmung beim Neubau öffentlicher Gebäude und privaten Wohneigentums. Verstärkt sollen auch Wärmedämmung und Energieeinsparungen im Altbestand erfolgen. Regelungen zur Handhabung des Energiepasses sollen Energieeffizienzmaßnahmen dokumentieren und die Wertsteigerung ersichtlich machen. Außerdem wurde die Aufhebung der Ermächtigungsverfügung zur Ausmusterung der so genannten elektrischen Nachtspeicherheizungen beschlossen. Damit entfällt der §10a der EnEV09. Er wird der in der neuen EnEV 2014 ersatzlos gestrichen. Dies ist unter den ca. 2 Mio. Betreibern elektrischer Speicherheizungen sehr begrüßt worden.

1. Werden Sie diesen Beschluss zur Streichung des Ausmusterungsgebotes von elektrischen Speicherheizungen wieder rückgängig machen?

Die Rücknahme des Beschlusses wäre nicht zweckmäßig. Das Ausmusterungsgebot ist sinnvoll unter dem traditionellen unökologischen Kraftwerksregime, das auf Grundlastabnehmer wie Nachtspeicherheizungen angewiesen ist, um wirtschaftlich zu arbeiten. Mit dem Umbau des Energiesektors hin zu erneuerbaren Energien verändert sich der Kraftwerkspark. Die Stromerzeugung wird volatil. Elektrische Speicherheizungen können im Falle eines Stromüberangebots Lasten aufnehmen und in Wärme wandeln.

2. Falls ja, auf welche Weise wollen Sie dann die Ausmusterung durchsetzen (der alte §10a ENeV09 hat dies ja nicht bewirken können)?

Siehe Antwort auf Frage 1

Fragen zur Energiezukunft im Zeichen zunehmend regenerativer Stromerzeugung und den Schwierigkeiten bei der Speicherung von Stromüberschüssen:

3. Wie und wie schnell wollen Sie den weiteren Ausbau regenerativer Stromerzeugung (Photovoltaik, thermische Solaranlagen, Wind, Wasser, Biogas etc.) vorantreiben?

Der Ausbau muss so schnell wie möglich erfolgen, aber nur in dem Maße, wie es die Infrastruktur des Stromnetzes zulässt. Das bedeutet, dass es nicht einfach reicht, immer mehr Erneuerbare Energien ans Netz zu bringen. Es müssen gleichzeitig Netze und alternative Speichermedien verfügbar werden. Ebenso geht es darum, den konventionellen Kraftwerkspark um- und rückzubauen.

4. Wie wollen Sie dies räumlich koordinieren, um zu verhindern, dass an manchen Orten immer mehr Überschüsse erzeugt werden, die abgeregelt oder sogar mit negativen Preisen vor allem auf Kosten der privaten Stromverbraucher exportiert werden müssen?

Entweder müssten Ausbauziele für die Bundesländer gedeckelt werden, wie Umweltminister Altmaier es vorgeschlagen hat. Dann wäre der Zubau von Erneuerbaren Energien von heute auf morgen in einigen Bundesländern beendet. Gerade in Potentialgebieten für bestimmte Energieformen oder in Regionen, die anderweitig kaum Wertschöpfung besitzen, wäre das wenig hilfreich. Der Ansatz muss daher sein, nicht die Erneuerbaren Energien als "Netzverstopfer" zu betrachten, sondern die vorhandenen unflexiblen atomaren und fossilen Erzeugungskapazitäten übergangsweise durch flexible zu ersetzen. Gleichzeitig können durch intelligente Netze, gezielten Netzausbau für regionalen Lastenabgleich und gezielte Steuerung der Erzeugungs- und Verbraucherseite temporäre Überlasten abgefedert bzw. vermieden werden.

5. Wie schätzen Sie die Möglichkeit ein, den zu Zeiten geringer Nachfrage im Überschuss erzeugten regenerativen Strom, der bis zu negativen Preisen an der Strombörse führen kann, an die hierfür geeigneten und mit hohem Wirkungsgrad bei der Umsetzung von Strom in Wärme arbeitenden elektrischen Wärmespeicher (Warmwasserbereitung, Speicherheizungen) zu leiten?

Wenn gleichzeitig ein Überangebot an Strom und eine Nachfrage nach Wärme besteht, ist das sehr zweckmäßig. Probleme entstehen jedoch, wenn stromgeführte Wärmespeicher in Phasen andauernd geringer Einspeisung Erneuerbarer Energien im Winter wärmegeführt werden müssen. Dann sind sie nicht mehr imstande, einen Beitrag zur Netzstabilität zu leisten, sondern verschärfen durch ihren höheren Heizenergiebedarf in Form von Strom gegenüber auf Brennstoff basierenden Heizungen das Problem. Es müssten also externe Kapazitäten für die Wärmespeicher selbst bereitgestellt werden, da Haushalte und Gebäude mit ausschließlich elektrischen Heizungen ihre Heizenergie aus dem Stromnetz beziehen müssen, unabhängig von der Einspeiserate Erneuerbarer Energien.

6. Wann beginnt für Sie die Zukunft elektrischen Heizens? Alternativ: Welche Laufzeit geben Sie konventionellen Heizungsarten (Öl, Gas, Holz)?

Gas- und Holzheizungen müssen nicht zwangsläufig konventionell gegenüber elektrischen Heizarten sein. Übergangs- und Dauerlösungen können beispielsweise stromgeführte hocheffiziente Mini-Blockheizkraftwerken (BHKWs) sein, die dezentral verteilt das Konzept des sogenannten Schwarmstroms darstellen und flexibel nach Strombedarf Wärme bereitstellen. Solche Heizungsanlagen können mit Biomethan und somit klimaneutral und vollständig regenerativ betrieben werden, wobei das Gebot der ökologischen Nachhaltigkeit bei der Bereitstellung von Biomasse beachtet werden muss. Erdgas als fossiler Energieträger wird als Bestandteil echter Brückentechnologien noch längere Zeit am Energiemix beteiligt sein müssen.

7. Welcher elektrisch betriebenen Heizungsart (elektrische Wärmespeicherheizung, elektrische Direktheizung oder Wärmepumpe) geben Sie den Vorzug?

Generell könnte die Entscheidung für eine Heizungsart auch unter ökonomischen Gesichtspunkten eine Frage der energetischen Effizienz sein. Entsprechend könnte nach heutigem technologischem Stand die Wahl auf eine Wärmepumpenheizung fallen.

8. Wie wollen Sie vorgehen, wenn in bestimmten Ortslagen bei Neubau bzw. ggf. Umrüstung im Altbestand weder rechtlich (z. B. Bebauungsplan mit Heizungsvorgabe) noch technisch die Möglichkeit einer Umrüstung von elektrischer Speicherheizung auf eine andere Heizungsart (mit z. B. Warmwasserleitungssystem und Notwendigkeit eines Schornsteins) gegeben ist?

Wenn die verbindliche Ausmusterung bestehender Speicherheizungen nicht gefordert ist, besteht bei dem beschriebenen Sachverhalt kein direkter Handlungsbedarf. Handlungsbedarf könnte derzeit aus wirtschaftlichen Gründen aufgrund steigender Strompreise entstehen. Zunächst wäre wie bei allen anderen Heizungsanlagen zu prüfen, inwiefern eine Umrüstung auf eine modernere und effizientere Speicherheizungsvorrichtung Abhilfe schaffen würde. Im Zuge einer ohnehin nötigen Integration von Speichermedien und Flexibilisierungsmechanismen entlang des EEG, wäre es vorstellbar, derartigen Heizungen bei tatsächlich stromgeführtem Betrieb Netzentgelte zu erlassen oder deren Betrieb anderweitig zu vergünstigen.

Fragen zum Strompreis:

Das EEG hat zweifelsohne die Entwicklung und den Einsatz regenerativer Energiegewinnung über Erwarten rasch vorangebracht. Die Festlegung der hohen Einspeisevergütung auf 20 Jahre ist angesichts der immer schnellen Annäherung der Stromgestehungskosten aus Photovoltaik oder Wind an die Strommarktpreise so bestimmt nicht länger gerechtfertigt. Mit der hohen EEG-Abgabe haben die Strompreissteigerungen im Jahr 2013 die Grenze der Vertretbarkeit und der Leistbarkeit für sehr viele Stromverbraucher nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten. Der Ruf nach der Strompreisbremse ist laut und die Stellschrauben zum Ein-greifen sind genannt worden. Im Parteienstreit und im Streit zwischen Bund und Ländern sind notwendige Maßnahmen zur Preisstabilisierung aber ausgebremst worden. Die neue Regierung wird sich keine Schonzeit für Maßnahmen zum Preisstopp leisten können.

9. Wie wollen Sie das EEG konkret ändern, um das exorbitante Ausufern der EEG-Abgabe zu beenden?

Der Anstieg der EEG-Umlage ist nicht das eigentliche Problem des steigenden Strompreises. Betrachtet man die Entwicklungen des vergangenen Jahrzehnts wird deutlich, dass nur ein Drittel des Strompreisanstiegs auf den Anstieg der EEG-Umlage zurückzuführen ist. DIE LINKE hat konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen der Strompreis gesenkt und die Energiewende sozial gerechter gestaltet werden kann. Unsere Vorschläge lauten:

- 1. Willkür der Stromversorger bei der Preisbildung beenden
- 2. Unberechtigte Industrie-Rabatte zu Lasten der Privathaushalte abschaffen
- 3. Stromsteuer senken
- 4. Sockeltarif für Strom einführen: Grundversorgung sicherstellen, Verschwendung eindämmen
- 5. Stromsperren beenden
- 6. Abwrackprämie für Stromfresser einführen
- 7. Energetische Gebäudesanierung ohne kalte Vertreibung durchsetzen

Die Förderung energieintensiver Produktionsunternehmen durch weitgehende Befreiung von der EEG-Abgabe, von den Netzentgelten sowie von der Offshore-Haftung trägt weitestgehend nur der private Stromverbraucher! Längst werden aber auch Betriebe gefördert, die nicht als energieintensiv zu bezeichnen sind und wegen der deutschen Strompreise Wettbewerbsnachteile gegenüber dem Ausland zu befürchten hätten. Hier wird Missbrauch betrieben, in dem der Stromverbrauch künstlich hoch getrieben wird, nur um in den Genuss der Förderung zu kommen oder ihn weiterhin zu erhalten.

10. Welche Möglichkeit der Kostenbegrenzung sehen Sie hier?

Die Fraktion der LINKEN war die erste Fraktion im Bundestag, die diesen Sachverhalt als Problem benannt, eine entsprechende Studie in Auftrag gegeben und einen Antrag dazu im Bundestag eingebracht hat. Darin wird die Bundesregierung von uns aufgefordert, die Ausnahmen bzw. Ermäßigungen für die energieintensive Industrie im Rahmen umweltpolitischer Lenkungsinstrumente bzw. anderer Regulierungen drastisch zu reduzieren.

11. Wie schätzen Sie das drohende Verfahren der EU gegen diese Art der Wirtschaftsförderung ein?

Wir begrüßen, dass sich die EU diesen ungerechtfertigten Subventionen zuwendet.

12. Haben Sie gegebenenfalls eine andere Finanzierung dieser Förderung im Auge?

Nein. Ein großer Teil dieser Industriesubventionen ist ersatzlos zu streichen.

Die Belastung des Strompreises durch Stromsteuer, Ökosteuer und Mehrwertsteuer hat nicht mehr vertretbare Ausmaße angenommen. Mit steigenden Abgaben wird die Staatskasse zusätzlich über die Mehrwertsteuer gefüllt. Die Nutzung von Strom im Wärmemarkt ist derzeit (Quelle: BDEW 2011) selbst bei negativen Börsenpreisen wirtschaftlich kaum darstellbar, da die Stromsteuer bei 2,0 ct/kWh die Gassteuer bei nur 0,55 ct/kWh, die Mehrwertsteuer bei 4,0 ct/kWh für Strom und bei 0,95 ct/kWh für Gas liegt.

13. Welche Maßnahmen im Steuerbereich sind Sie bereit zu ergreifen, um die Strompreise in den Griff zu bekommen?

DIE LINKE fordert die Senkung der Stromsteuer für private Haushalte auf feste 0,5 Cent pro Kilowattstunde.

Mit der Zunahme regenerativ erzeugter, volatiler Energie wird das Heizen mit Strom zunehmend sauberer und damit ökologisch sehr sinnvoll. Das Fehlen genügender, vor allem auch wirtschaftlicher Speichermöglichkeiten für Überschussstrom, der durch Wind und Sonne auch in Zeiten erzeugt wird, in denen eine geringere Nachfrage besteht, hat die elektrische Wärmespeicherheizung wieder ins Gespräch gebracht. Aufgrund der bereits gegebenen Verfügbarkeit als Wärmespeicher, des hohen Wirkungsgrades und überschaubarer Kosten hat nicht zuletzt auch die Bundesregierung ihre Politik in diesem Punkt geändert und sieht in "Power to Heat" vor "Power to Gas" eine neue Leitlinie für die Energiezukunft. Der Strompreis ist im Hei-zungsbereich allerdings besonders stark angestiegen. Er belastet die betroffenen Bürgerinnen und Bürger übermäßig und steht geradezu kontraproduktiv zu dieser Linie. In Verfolgung der zurückliegenden Politik (Ausmusterung der Nachtspeicherheizungen) wurden Steuer (z.B. Streichung des Steuervorteils zum 31.12.2006) und Abgaben für Wärmestrom (NT-Strom) erhöht, so dass der Abgabenanteil beim NT-Strompreis noch höher liegt als der ohnehin schon hohe beim HT-Strom.

14. Sind Sie bereit, diese "Strafgebühr" zurückzunehmen und den Betreibern der zukünftigen Wärmespeicher für den Beitrag zur Stabilisierung des Lastprofils im Netzwerk eine Kostenentlastung zu leisten?

Die Etablierung von Flexibilitäts- und/oder Speicherboni oder ähnlichen Instrumenten entlang des EEG oder anderweitiger Entlastungen z.B. von Netzentgelten solcher Anlagen, die dazu dienen, Lastkurven der Erneuerbaren Stromerzeugung zu glätten, ist eine dringende Aufgabe.